Gemeinderatstagebuch

zur Sitzung vom 25. März 2019

Fragestunde für Kinder, Jugendliche und Einwohner/innen

Herr **Werner Alexander aus Bierlingen** stellt die Frage zum Rathausumbau, wie hoch der zurückgegebene Förderbetrag insgesamt war.

Der Vorsitzende führt aus, dass die Zuschüsse in der vergangenen Gemeinderatssitzung am 28.01.2019 dargestellt wurden. Es handelt sich um verschiedene Förderzuschüsse. Zurückgegeben wurde die Förderung aus dem Ausgleichstock in Höhe von 150.000 €.

Herr **Werner Schiele aus Wachendorf** erkundigt sich, ob es der Wahrheit entspricht, dass Frhr. von Ow-Wachendorf beabsichtigt, im Ortsteil Wachendorf eine Windkraftanlage zu errichten. Er möchte wissen, ob dies nur ein Gerücht ist oder ob die Gemeinde Kenntnis davon hat. Weiterhin macht Herr Schiele Anmerkungen und trifft Vermutungen darüber, wer später nach den Kommunalwahlen und Bürgermeisterwahlen Verantwortung trägt.

Der Vorsitzende antwortet hierauf, dass er zuerst darum bittet, dass die Fragen und Anmerkungen, die von einem Blatt abgelesen wurden, so auch der Gemeindeverwaltung übergeben werden, so dass im Nachgang gegebenenfalls noch ungeklärte Fragen beantwortet werden können. Er antwortet, dass ihm aktuell nicht bekannt sei, dass eine Windkraftanlage im Ortsteil Wachendorf erstellt werden sollte. Zum Thema, wer Verantwortung nach den Kommunalwahlen und den Bürgermeisterwahlen trägt, führt der Vorsitzende aus, dass es in einer Demokratie dem Wähler obliegt, zu entscheiden, wer dies künftig sein wird.

Zustimmung des Gemeinderats zur Wahl des Abteilungskommandanten der Feuerwehrabteilung Bierlingen sowie dessen Stellvertreter

Bei der diesjährigen Hauptversammlung der Feuerwehrabteilung Bierlingen wurde das Amt des Abteilungskommandanten, sowie das Amt des stellvertretenden Abteilungskommandanten neu gewählt. In der Sitzung anwesend sind Herr Stefan Speiser, Herr Heiko Pape und Herr Timo Mix.

Der Vorsitzende führt zum Werdegang des gewählten Abteilungskommandanten und dessen Stellvertreters ein paar Sätze aus.

Herr Stefan Speiser, stellvertretender Gesamtkommandant der Feuerwehr Starzach, informiert das Gremium, dass beim Neubürgerempfang Herr Timo Mix, der schon sehr gut ausgebildet war, für die Abteilung Bierlingen gewonnen werden konnte. Des Weiteren kann sich die Abteilung Bierlingen glücklich schätzen, Herrn Heiko Pape nun als Abteilungskommandanten gewonnen zu haben.

Daraufhin fasst der Gemeinderat folgende einstimmigen **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat stimmt der Wahl des Abteilungskommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Starzach, Abteilungswehr Bierlingen zu und beauftragt den Vorsitzenden, Herrn Heiko Pape zu seinem Amt zu bestellen.
2. Der Gemeinderat stimmt der Wahl des stellvertretenden Abteilungskommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Starzach, Abteilungswehr Bierlingen zu und beauftragt den Vorsitzenden, Herrn Timo Mix zu seinem Amt zu bestellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Erforderliche zu veranlassen, insbesondere das Wahlergebnis dem Kreisbrandmeister mitzuteilen.

Anschließend bestellt BM Noé Herr Pape und Herr Mix per Handschlag in ihren Ämtern und überreicht ein Präsent der Gemeinde.

Gemeinsamer Gutachterausschuss mit der Stadt Rottenburg

- **Zustimmung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung Starzach/Rottenburg einschließlich Entwurf der Erstreckungssatzung**
- **Ende der Amtszeit des Gutachterausschusses Gemeinde Starzach zum 14.09.2019**
- **Abberufung der Gutachter zum 15.09.2019 für den gemeinsamen Gutachterausschuss**
- **Satzung zur Aufhebung der Gutachterausschussgebührensatzung Starzach / Teilaufhebung der Verwaltungsgebührensatzung Starzach betreffend Nr. 14 zum 15.09.2019.**

Herr Thomas Krug vom Gutachterausschuss der Stadt Rottenburg a.N. ist anwesend und stellt anhand einer Präsentation die wesentlichen Inhalte und Schritte vor.

Nach den Bestimmungen des Baugesetzbuches (§§ 192 ff BauGB) und der Gutachterausschussverordnung von Baden-Württemberg (§ 1 GuAVO) werden zur Ermittlung von Grundstückswerten und für sonstige Wertermittlungen selbständige, unabhängige Gutachterausschüsse bei den Gemeinden gebildet.

Seit der Novellierung der GuAVO vom 26.09.2017 ist gesetzlich festgelegt, dass „für eine sachgerechte Aufgabenerfüllung des Gutachterausschusses [...] eine ausreichende Anzahl von Kauffällen erforderlich“ ist. Die Begründung zur Novelle konkretisiert, dass eine ausreichende Zahl bei ca. 1.000 Kauffällen pro Jahr angenommen werden kann. In der Gemeinde Starzach werden im Durchschnitt ca. 79 Kauffälle pro Jahr erfasst. Die Anzahl der Gutachten, welche vom Gutachterausschuss angefertigt werden, beläuft sich auf ca. 7 - 8 Stück pro Jahr. Eine sachgerechte Aufgabenerfüllung des Gutachterausschusses in der Gemeinde Starzach im Sinne des Gesetzgebers ist demnach aufgrund der Anzahl der Kauffälle nicht möglich. Mit der Novellierung der GuAVO wurden die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit hinsichtlich dieser Aufgabenerfüllung wesentlich erweitert. Es können nur **benachbarte Gemeinden innerhalb eines Landkreises** gemeinsame Gutachterausschüsse bilden. Für die Gemeinde Starzach ergibt sich aufgrund der geografischen Lage und der gesetzlichen Vorgaben keine andere Möglichkeit als für einen Zusammenschluss mit der Stadt Rottenburg a.N.. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 10. April 2018 die Wertermittlung für die Grundsteuer als nicht mit dem Grundgesetz vereinbar erklärt hat. Hauptkritikpunkt war, dass die zugrunde gelegten Werte die tatsächlichen Wertentwicklungen nicht mehr in ausreichendem Maße widerspiegeln. Für die administrative Umsetzung der künftigen gesetzlichen Regelungen hat das Gericht eine weitere Frist (bis 31. Dezember 2024) gesetzt. Die Grundsteuer kommt ausschließlich den Kommunen zugute und ist eine der wichtigsten Einnahme- und Finanzierungsquellen. In den letzten Tagen wurden die Eckpunkte für eine Grundsteuer-Reform vorgestellt. Einer der Eckpunkte ist, dass Ausgangspunkt für die Bewertung von Grund- und Boden die Bodenrichtwerte sein sollen.

Besonders mit diesem Hintergrund ist nach Auffassung der Gemeindeverwaltung ein Beitritt zum gemeinsamen Gutachterausschuss der Stadt Rottenburg a.N. und der Gemeinde Ammerbuch, zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben nach der Gutachterausschussverordnung von Baden-Württemberg und aus Gründen der Rechtssicherheit im Hinblick auf die anstehende Grundsteuerreform, zwingend geboten.

Um die Pflicht zur Aufgabenerfüllung abzutreten und auf den bestehenden gemeinsamen Ausschuss zu übertragen, ist eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Rottenburg a.N., abzuschließen.

Ein Zusammenschluss würde neben der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Aufgabenübertragung zwangsläufig folgende weitere Beschlüsse erfordern:

- Abberufung der bestellten Gutachter
- Aufhebung der Gutachterausschussgebührensatzung
- Änderung der Verwaltungsgebührensatzung

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung wurde im Vorfeld mit der zuständigen Rechtsaufsicht des Regierungspräsidiums Tübingen abgestimmt; die Genehmigungsfähigkeit wurde am 23.01.2019 in Aussicht gestellt. Der Sitz der Geschäftsstelle des gemeinsamen Gutachterausschusses der Stadt Rottenburg a.N. und der Gemeinde Ammerbuch ist in Rottenburg a.N..

Daraufhin fasst der Gemeinderat einstimmig folgende **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat stimmt der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Übertragung der Aufgaben nach §§ 192-197 BauGB von der Gemeinde Starzach auf die Stadt Rottenburg am Neckar mit Stand vom 28.01.2019 einschließlich dem Entwurf der Erstreckungssatzung zu.
2. Die Amtszeit der derzeitigen Mitglieder des Gutachterausschusses der Gemeinde Starzach endet mit Ablauf des 14.09.2019.
3. Der Gemeinderat beschließt die Satzung zur Aufhebung der Gutachterausschussgebührensatzung der Gemeinde Starzach und der Teilaufhebung der Verwaltungsgebührensatzung der Gemeinde Starzach betreffend der Nr. 14 zum Gutachterausschuss zum 15.09.2019.

Vergabe der Tiefbauarbeiten zur Sanierung der Verkehrsanlagen im „Wohn- und Freizeitgebiet Holzwiesen“ im Teilort Wachendorf sowie zur Herstellung eines Parkplatzes bei der Druckerhöhungsanlage und der Ertüchtigung der Bushaltestelle „Sportheim“

Anwesend zur Gemeinderatssitzung ist Herr Paul Gauss vom Büro GAUSS Ingenieurtechnik GmbH aus Rottenburg a.N.. Nach einer kurzen Einführung von Bürgermeister Noé übernimmt er den Sachvortrag.

Im Haushaltsplan für das Jahr 2018 war ein Ausgabeansatz für die Sanierung der Straßen mitsamt der Straßenbeleuchtung, sowie der Leerrohrverlegung im Wohn- und Freizeitgebiet Holzwiesen im Teilort Wachendorf eingestellt. Auf dieser Grundlage hat der Gemeinderat in seiner öffentlichen Gemeinderatssitzung am 26.11.2018 einstimmig der **Ausbauplanung der Maßnahme zugestimmt**. Ebenso einstimmig beschloss der Gemeinderat in der damaligen Sitzung, dass die Beleuchtung zwischen dem „Wohn- und Freizeitgebiet Holzwiesen“ und der Bieringer Straße bis zur Höhe der bisher vorhandenen Straßenbeleuchtung hergestellt werden soll. Mehrheitlich beschloss der Gemeinderat, dass im Zuge der Baumaßnahme die Herstellung eines Parkplatzes im Bereich der Druckerhöhungsanlage. Da sich die Teileigentümer der Teileigentümergeinschaft im „Wohn- und Freizeitgebiet Holzwiesen“ nicht einstimmig für eine Mitsanierung der im Privateigentum befindlichen Wege und Grundstücksflächen aussprachen, wird auf Anraten des Rechtsbeistandes der Gemeinde Starzach eine Mitsanierung dieser Flächen gegen Kostenersatz von Seiten der Verwaltung nicht befürwortet.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 26.11.2018 die Verwaltung ebenfalls damit beauftragt, einen Vergabebeschluss in einer der ersten Monaten des Jahres 2019 vorzubereiten.

Im Rahmen der öffentlichen Ausschreibung haben insgesamt 6 Firmen die Angebotsunterlagen abgeholt. Bis zum Eröffnungstermin wurden Angebote von insgesamt 2 Firmen abgegeben. Es konnten beide abgegebenen Angebote gewertet werden. Hierbei hat die **Firma Gebr. Stumpp GmbH & Co.KG Straßen- und Tiefbau aus Balingen** das wirtschaftlichste Angebot in Höhe von **brutto 1.045.710,74 €** abgegeben. Aus beigefügten Vergabevorschlag (**Anlage**) des Büros GAUSS Ingenieurtechnik GmbH aus Rottenburg a.N. wird die Firma Gebr. Stumpp GmbH & Co.KG Straßen- und Tiefbau zur Beauftragung vorgeschlagen.

Unter Berücksichtigung des Ingenieurhonorars sowie der weiteren Nebenkosten für die Baumaßnahme geht die Verwaltung von **Gesamtkosten in Höhe von ca. 1.155.000 €** aus. Dies bedeutet eine Abweichung gegenüber der ersten Kostenschätzung (881.000 €) von rund + 31 %, gegenüber dem Planansatz 2019 (916.000 €) eine Abweichung von 26%.

Trotz der höheren Baukosten für die Maßnahme befürwortet die Verwaltung den Vergabevorschlag. Es haben zwei renommierte Baufirmen ein Angebot für die Maßnahme abgegeben, welche preislich nicht allzu weit auseinanderliegen. Somit geht das Büro GAUSS Ingenieurtechnik GmbH und die Verwaltung davon aus, dass es sich um derzeit übliche und realistische Marktpreise handelt.

Aufgrund der Tatsache, dass mit den Eigentümern/innen im Bereich des Wohn- und Freizeitgebietes Holzwiesen im Teilort Wachendorf bereits im Vorfeld umfangreiche Vorgespräche stattgefunden haben und aus Sicht des Ingenieurbüros und der Verwaltung zu einem späteren Zeitpunkt aufgrund der voraussichtlich noch länger boomenden Baukonjunktur, des Fachkräftemangels und der teilweisen Verknappung von Ressourcen (z.B. Sand), kein wesentlich günstigeres Submissionsergebnis zu erwarten ist, sollte aus Sicht der Verwaltung die Maßnahme wie geplant umgesetzt werden. Ein weiterer Grund liegt auch darin, dass immer größere Schäden am Belag der Seitenstraßen zu erkennen sind und aus Gründen der Verkehrssicherheit Sanierungsmaßnahmen anstehen.

Einen positiven Effekt hat die öffentliche Ausschreibung hinsichtlich der Arbeiten zur barrierefreien Umrüstung der Bushaltestelle „Sportheim“. Bei der im Sommer des Jahres 2018 einzeln ausgeschriebenen Maßnahme zur Ertüchtigung der Bushaltestelle lag das preisgünstigste Angebot bei 85.674,65 €. Diese Ausschreibung wurde aufgrund der Angebotshöhe aufgehoben. Durch die nunmehr erfolgte zusammengefasste Maßnahme (Tiefbauarbeiten „Wohn- und Freizeitgebiet Holzwiesen“, Parkplatzerstellung, Ertüchtigung Bushaltestelle) liegt der Kostenanteil für die Ertüchtigung der Bushaltestelle bei rund 64.000 €. Daran lässt sich erkennen, dass bei der Ausschreibung eines größeren Maßnahmenumfanges einzelne kleinere Maßnahmen günstiger angeboten werden können, da sich die Fixkosten hierfür entsprechend anders verteilen.

Herr Paul Gauss merkt an, dass er die Anwohner des Gebietes loben muss, da das Ingenieurbüro bereits mit der Verwaltung und GR Barbara Kück einen Vor-Ort-Termin wahrgenommen hat, bei dem mit den einzelnen Anliegern u.a. besprochen wurde, welche Hecken zurückgeschnitten werden müssen, damit die Baumaßnahmen umgesetzt werden kann. Dies habe einwandfrei funktioniert.

Vor der Beschlussfassung rückt GR Barbara Kück vom Verhandlungstisch ab und erklärt sich für befangen.

Daraufhin fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen **Beschluss**:

Die Tiefbauarbeiten (Straßenbauarbeiten, Straßenbeleuchtung, Leerrohrverlegung) zur Sanierung der Verkehrsanlagen im „Wohn- und Freizeitgebiet Holzwiesen“ im Teilort Wachendorf sowie die Erstellung eines Parkplatzes im Bereich der Druckerhöhungsanlage, die barrierefreie Ertüchtigung der Bushaltestelle „Sportheim“ und die Erstellung der Straßenbeleuchtungsanlagen zwischen dem Kernort Wachendorf und dem „Wohn- und Freizeitgebiet Holzwiesen“ werden nach erfolgter Zuwendungsentscheidung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg hinsichtlich der Förderung der Mitverlegung von Leerrohren zur DSL-Versorgung an die preisgünstigste Firma Gebr. Stumpp GmbH & Co.KG Straßen- und Tiefbau aus Balingen zum Angebotspreis von brutto 1.045.710,74 € vergeben.

Aufstellung des Bebauungsplanes „Brand-Neufassung“ im Ortsteil Bierlingen

➤ Aufstellungsbeschluss im Verfahren nach § 2 (1) Baugesetzbuch

GR Monika Obstfelder erklärt sich für befangen und rückt vom Sitzungstisch ab.

Aktuell besteht in Bierlingen, zwischen dem Sportplatz und dem Baugebiet „Berg“ ein Bereich „Brand“, der mit unterschiedlichen Bebauungsplänen aus verschiedenen Jahren überplant ist.

Die verschiedenen Bebauungspläne stammen unter anderem aus den Jahren 1971 bzw. 1985. Der Fokus der städtebaulichen Entwicklung der Gemeinde Starzach liegt auch in der Innenentwicklung. Derzeit gibt es nur noch einen kommunalen Bauplatz im Baugebiet „Weinberge“ in Börstingen (Rechtskraft 22.07.2005) der aufgrund der Hanglage jedoch schwer zu vermarkten ist.

Die restlichen Baulücken/ Bauplätze befinden sich in Privateigentum. Da die Entwicklung und Erschließung weiterer Baugebiete derzeit aus verschiedenen Gründen gehemmt bzw. verhindert wird, ist zu beobachten, dass die privaten Baulücken wieder verstärkt für die Nachverdichtung nachgefragt werden.

Problematisch dabei ist, dass die städtebaulichen Vorgaben nicht mehr den heutigen Anforderungen der Bauwilligen bzw. der Baustandards entsprechen. Aus diesem Grund sollen nach und nach die Bebauungspläne auf dem gesamten Gemeindegebiet überarbeitet werden.

Für Antragsteller/Eigentümer besteht aktuell nur die Möglichkeit, Abweichungen oder Befreiungen zu beantragen um ein modernes Gebäude zu erstellen. Diese Befreiungen können jedoch häufig nicht von der Baurechtsbehörde mitgetragen werden, da die Grundzüge der Planung zu sehr betroffen sind.

Zu nennen ist, dass bisher z.B. die Dachform sehr eingeschränkt ist (Satteldach mit festgelegter Firstrichtung), dass Dachaufbauten wie Dachgauben nicht zulässig sind. Ein Flachdach bzw. Pultdach, das z.B. auch für PV-Anlagen oder Begrünungen verwendet werden könnte, ist derzeit nicht genehmigungsfähig.

Gerade in den Bebauungsplangebieten „Brand“ ist das Problem vorhanden, das auf einigen Grundstücken nur ein Vollgeschoss errichtet werden darf. Für eine Familie ist das zu wenig Wohnraum.

Die Verwaltung beabsichtigt, alle bisherigen Bebauungsplangebiete einheitlich neu zu überplanen. Basis der neuen Planung im Verfahren nach § 2 (1) BauGB ist die letzte Beschlussfassung des Gemeinderates hinsichtlich der Bebauungsplanfestsetzungen. Im konkreten Fall sollen also die Festsetzungen des am 01.03.2019 in Kraft getretenen Bebauungsplanes „Oberer Mühleweg“, Wachendorf, als Grundlage dienen.

GR Dr. Harald Buczilowski befürwortet das Vorhaben und merkt an, dass die vorhandene Bestandsbebauung unbedingt bei der Planung berücksichtigt werden muss.

GAF Zegowitz weist darauf hin, dass dem vor allem im Zuge der öffentlichen Beteiligung Rechnung getragen wird.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgende **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat beschließt den Bebauungsplan „Brand-Neufassung“ im Ortsteil Bierlingen nach § 2 (1) BauGB aufzustellen.
2. Dem Geltungsbereich mit Datum vom 11.03.2019 wird zugestimmt.
3. Das Büro Gauss Ingenieurtechnik GmbH aus Rottenburg am Neckar wird mit der weiteren Planung beauftragt.
4. Das Büro HPC AG aus Rottenburg am Neckar wird mit der Durchführung der erforderlichen Gutachten beauftragt.

Aufstellung des Bebauungsplanes „Großholzer Weg - 3. Änderung“ im Ortsteil Wachendorf

➤ Aufstellungsbeschluss im Verfahren nach § 2 (1) Baugesetzbuch

GR Annerose Hartmann, GR Alfredo Vela und GR Tobias Hertkorn erklären sich für befähigt und rücken vom Verhandlungstisch ab.

Daraufhin stellt der Vorsitzende fest, dass das Gremium dennoch nach § 37 (2) der GemO beschlussfähig ist.

Im Anschluss an den Sachvortrag ergänzt GAF Zegowitz, dass erste Gespräche mit Anliegern in dem Gebiet stattfinden werden, da bereits Anmerkungen zu der weiteren Planung gemacht wurden.

GR Dr. Harald Buczilowski erkundigt sich, ob eine Erweiterung des Geltungsbereichs um die südöstlichen Baulücken in dem Gebiet erfolgen könne.

GAF Zegowitz antwortet, dass dies eher zu Einschränkungen hinsichtlich der Bebauung führen kann. Grund hierfür ist, dass diese Baulücken derzeit nach § 34 Baugesetzbuch beurteilt werden. Demzufolge ist die Maßgabe für eine neue bauliche Anlage, das Einfügen in die Umgebungsbebauung. Es ergeben sich dadurch unterschiedliche Gestaltungsmöglichkeiten, die durch eine städtebauliche Überplanung eingeschränkt werden könnten.

Daraufhin fasst der Gemeinderat folgende einstimmigen **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat beschließt den Bebauungsplan „Großholzer Weg - 3. Änderung“ im Ortsteil Wachendorf nach § 2 (1) BauGB aufzustellen.
2. Dem Geltungsbereich mit Datum vom 11.03.2019 wird zugestimmt.
3. Das Büro Gauss Ingenieurtechnik GmbH aus Rottenburg am Neckar wird mit der weiteren Planung beauftragt.
4. Das Büro HPC AG aus Rottenburg am Neckar wird mit der Durchführung der erforderlichen Gutachten beauftragt.

Aufstellung eines Bebauungsplanes „Schwäbische Toskana“ im Ortsteil Bierlingen

- **Abarbeitung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Durchführung der vorzeitigen Bürgerbeteiligung und vorzeitigen Bürgerbeteiligung und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**
- **Beratung und Planunterlagen**
- **Beschluss zur Durchführung der Offenlage unter Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**

Zuletzt erfolgte in der Gemeinderatssitzung am 17.12.2018, auf die Sitzungsvorlage 123/2018 wird an dieser Stelle verwiesen, der Beschluss zur Durchführung der vorzeitigen Bürgerbeteiligung und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange.

Nach der öffentlichen Bekanntmachung vom 21.12.2018 wurden die Planunterlagen im Zeitraum vom 07.01.2019 bis 10.02.2019 u.a. öffentlich ausgelegt und zuvor den Träger öffentlicher Belange und sonstigen Behörden zur Beteiligung übersandt.

Zeitgleich wurde die Planung dahingehend weiter vorangetrieben, dass verschiedene Untersuchungen vorgenommen wurden.

Da bereits im nördlichen Bereich des Gebietes auf dem Flst. 1797/2 ein Gewerbebetrieb vorhanden ist, musste eine schallschutztechnische Untersuchung vorgenommen werden, um zu ermitteln, bis zu welcher Grenze im neuen Bebauungsplangebiet noch die Festsetzung eines Mischgebietes (MI) gelten muss.

Entsprechend des Ergebnisses wurde der zeichnerische Teil angepasst, um den Lärmimmissionen ausreichend Rechnung zu tragen und damit die neue Planung nicht im Widerspruch zur vorhandenen Bebauung steht.

Was die Beseitigung des Oberflächenwassers angeht, so ist nach bisherigem Kenntnisstand festzuhalten, dass die Planungen des bisher geltenden Bebauungsplanes „Felldorfer Straße“ widersprüchlich sind. Laut der damaligen Planung sollte das Oberflächenwasser in einem Teich gesammelt werden, dessen Überlauf zunächst in einen von der Flurbereinigung zu erstellenden Graben in südwestliche Richtung, außerhalb des Bebauungsplangebietes, abgeleitet werden, der im Flurbereinigungsverfahren angelegt werden sollte.

Tatsächlich hat die Gemeinde Starzach nach bisheriger Kenntnis weder im Jahr 1994, beim Abstimmungstermin am 06.11.1998 oder beim Anhörungstermin am 19.07.1999 dies bei der Flurbereinigung beantragt bzw. angesprochen, weshalb der Graben von der Flurbereinigungsbehörde weder im Wege- und Gewässerplan eingeplant noch umgesetzt wurde. Er kann auch zum jetzigen Stand des Verfahrens laut Rückfrage bei der Flurbereinigungsbehörde nicht mehr realisiert werden.

Wie die künftige Planung bzw. Umsetzung bezüglich der Entwässerung aussehen wird, muss nun im weiteren Schritt im Zuge des Verfahrens geklärt werden. Der Erschließungsträger (Herr Würth) muss dies in Absprache mit der Gemeinde beim Landratsamt beantragen und überprüfen lassen.

Aus Sicht der Verwaltung sind nun zunächst die eingegangenen Stellungnahmen abzuwägen und dazu die notwendigen Beschlüsse zu fassen.

Daraufhin soll nach Beratung der Planunterlagen der Beschluss zur Durchführung der Offenlage unter Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erfolgen.

Bis zu einer weiteren Beratung müssen die noch offenen Punkte (Ableitung Oberflächenwasser) geklärt werden.

GR Burkhard von Ow-Wachendorf erkundigt sich, wer die Kosten des Bebauungsplanverfahrens trägt.

Der Vorsitzende antwortet, dass es sich hierbei um den Vorhabenträger und Eigentümer des Grundstückes handelt.

Weiterhin erkundigt sich GR Burkhard von Ow-Wachendorf, ob es auch in diesem Fall einen unentgeltlichen Abzug gibt, so, dass die Gemeinde über Flächen verfügt in dem Gebiet.

Die Verwaltung antwortet, dass es sich hier nicht um ein gesetzliches Umlenungsverfahren handelt und auch kein Flächenabzug gesetzlich möglich ist. Grund hierfür ist, dass der gesetzliche unentgeltliche Flächenabzug in der Regel den Sinn hat, dass eine Gemeinde im Gegenzug die öffentlichen Erschließungsmaßnahmen durchführt. Dadurch, dass Herr Würth selbst Eigentümer aller Flächen im Bebauungsplangebiet ist, selbst das Änderungsverfahren zahlt und auch die innere Erschließung auf eigene Kosten vornimmt, bestehen keine gesetzlichen Regelungen, dass die Gemeinde hier an Flächen gelangt und zudem wäre dies wenig sinnvoll.

Daraufhin fasst der Gemeinderat einstimmig folgende **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat führt eine Beratung der vorliegenden Planunterlagen durch und nimmt dabei unter anderem eine ausführliche Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen vor und fasst in den einzelnen Punkten, soweit erforderlich, Beschluss.
2. Der Gemeinderat fasst den Beschluss zur Durchführung der Offenlage unter Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange.

Wohnungsbauförderung

➤ Ausfallhaftung der Gemeinde Starzach (Korrigierte Darstellung)

In der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 28.01.2019 wurde die Thematik bereits dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die vorgestellten Zahlen und Daten basierten auf der Grundlage einer Mitteilung der L-Bank vom 07.01.2019. Am 30.01.2019 ging von Seiten der L-Bank eine Korrekturmeldung bei der Gemeindeverwaltung ein. Es hat sich herausgestellt, dass der L-Bank hinsichtlich der Darstellung der Anzahl der Bauherren, der Darlehenskonten und der Gesamtrestschuld bei der Erstmeldung ein Fehler unterlaufen war, weshalb die Verwaltung nunmehr die Thematik nochmals in eine öffentliche Gemeinderatssitzung einbringt!

Auf der Grundlage der Korrekturmeldung ergeben sich folgende Zahlen:

Derzeit bestehen noch entsprechende Ausfallbürgschaften für 19 Bauherren (anstatt der in der Sitzung vom 28.01.2019 angegebenen 18 Bauherren; Vorjahr 21) mit 25 Darlehenskonten (anstatt der in der Sitzung vom 28.01.2019 angegebenen 24 Konten; Vorjahr 32) und einem Restkapital zum 31.12.2018 in Höhe von 569.562,97 € (anstatt der in der Sitzung vom 28.01.2019 angegebenen 488.772,68 €; Vorjahr 753.999,17 €).

Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Restkapital um 184.436,20 € verringert.

Bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz im Rahmen der Einführung des NKHR wird auch das Risiko für die Gemeinde Starzach hinsichtlich des Eintritts eines möglichen Ausfallhaftungstatbestandes bewertet. In Zukunft wird somit ein noch rechnerisch zu ermittelnder Betrag im Rahmen einer so genannten „Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten“ auf der Passivseite der kommunalen Bilanz eingestellt. Dieser wird unter Zugrundelegung von allgemeinen Erfahrungswerten bezüglich der Wahrscheinlichkeit des Ereigniseintrittes ermittelt.

Der Gemeinderat nimmt von dieser Bürgerschaftsthematik **einstimmig** einvernehmlich Kenntnis.

Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019

GOAR Wannemacher übernimmt die Sachdarstellung und führt seine Erläuterungen anhand einer Präsentation aus.

Dem Gemeinderat wurde in der Januar-Sitzung 2019 der Haushaltsplanentwurf 2019 seitens der Verwaltung mit der Drucksache 13/2019 zur Information und zur Vorberatung vorgelegt. Die Drucksache enthielt u.a. auch Anträge der Freiwilligen Feuerwehr Starzach, der Grundschule, der Kindergärten, der Kläranlage Wachendorf und des Bauhofes. Diese Anträge wurden dem Gemeinderat ausführlich vorgestellt und deren Einarbeitung in den Planentwurf erläutert. Die Erstellung und Vorstellung eines Haushaltsplanentwurfes hat grundsätzlich das Ziel, dem Gemeinderat eine Planungsgrundlage vorzulegen, auf deren Basis eventuelle Änderungsanträge an die Verwaltung herangetragen werden können. Eine weitergehende und detailliertere Erläuterung des Haushaltsplans 2019 wurde von Seiten der Verwaltung allen Gemeinderatsmitgliedern bzw. Fraktionen angeboten und überwiegend auch in Anspruch genommen.

Am 22.01.2019 hat die Fraktion „Bürgervertretung Starzach (BVS)“ einen Antrag im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens bei der Finanzverwaltung eingereicht.

Des Weiteren ist es außerdem erforderlich, dass der Gemeinderat der von der Verwaltung vorgeschlagenen Absenkung des kalkulatorischen Zinssatzes zustimmt.

Aus Gründen der Aktualisierung des Planwerkes werden außerdem unter Nr. 9 auch von Seiten der Verwaltung nochmals Änderungsvorschläge aufgeführt, welche beschlossen werden sollten.

Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Anschaffung von Geräten, Ausrüstungsgegenständen, sowie für die Aus- und Fortbildung des aktiven Feuerwehrpersonals

Ohne weitere Diskussion fasst der Gemeinderat folgende einstimmigen **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat stellt die für die geplanten Beschaffungsmaßnahmen der Freiwilligen Feuerwehr sowie für die Aus- und Fortbildung des aktiven Feuerwehrpersonals erforderlichen **Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 22.000 €** zur Verfügung.
2. Der Gemeinderat stellt die für die geplanten Investitionsmaßnahmen (Digitalfunk, Schiebleiter) der Freiwilligen Feuerwehr erforderlichen **Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 58.000 €** zur Verfügung.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Vertretern der Freiwilligen Feuerwehr Starzach die Anschaffungen nach den Grundsätzen des geltenden Vergaberechts zu tätigen.

Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Schuletat der Grundschule und der Ganztageschule Starzach

Ohne weitere Diskussion fasst der Gemeinderat folgende einstimmigen **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat stimmt dem bereitgestellten **Schuletat** für die Grundschule Starzach **in Höhe von 27.300 €, dem Sachmittelbudget für den Ganztagesschulbetrieb in Höhe von 2.500 €**, dem Budget für **Aus- und Fortbildungen** der Ganztagesmitarbeiterinnen und -mitarbeiter **in Höhe von 1.000 €** und dem Budget für die **Schulsozialarbeit an der Grundschule Starzach in Höhe von 44.500 €** zu.
2. Der Gemeinderat stimmt der Bereitstellung von Finanzmitteln im Finanzhaushalt 2019 zum Aufbau einer Medienausstattung und zur Aktualisierung des PC-Raumes **in Höhe von 32.000 €** zu.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die angemeldeten Anschaffungen in Zusammenarbeit mit der Schulleitung nach den Grundsätzen des geltenden Vergaberechts zu tätigen.

Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Beschaffung von Spielmaterial und sonstigen Zweckausgaben (Etat), für Büromaterial und für Instandsetzungs- und Unterhaltungsmaßnahmen an den Starzacher Kindergärten

Ohne weitere Diskussion fasst der Gemeinderat folgende einstimmigen **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat stellt für die Beschaffung von Spielmaterial und sonstigen Zweckausgaben (Etat), für Büromaterial und für anfallende Instandhaltungs- und Unterhaltungsmaßnahmen den Starzacher Kindergärten die **erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 43.700 €** zur Verfügung.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kindergartenleitungen die entsprechenden Beschaffungen nach den Grundsätzen des geltenden Vergaberechts zu tätigen.

Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Beschaffungen des Bauhofes

Ohne weitere Diskussion fasst der Gemeinderat folgende einstimmigen **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat stellt für die Beschaffung von Ausstattungsgegenständen und Geräten im Rahmen der laufenden Betriebstätigkeit am Starzacher Bauhof die **erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 15.000 €** zur Verfügung. Über dieses Budget soll auch die beantragte Anhängerkupplung für den Unimog gekauft werden.
2. Der Gemeinderat stellt für die beantragten Investitionsmaßnahmen (Gras-/Laubaufnahmegerät, Gerät zur Unkrautentfernung) die **erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 12.500 €** zur Verfügung.
3. Der Gemeinderat bewilligt für den Kauf eines Unimog im Haushaltsjahr 2020 die Einstellung einer **Verpflichtungsermächtigung** im Haushaltsplan 2019 in Höhe von **190.000 €** im.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Bauhofleiter die entsprechenden Beschaffungen nach den Grundsätzen des geltenden Vergaberechts zu tätigen.

Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Instandhaltung der baulichen und technischen Anlagen auf der Kläranlage Wachendorf der Gemeinde Starzach

Ohne weitere Diskussion fasst der Gemeinderat folgende einstimmigen **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat stellt für anfallende Investitionsmaßnahmen auf der Kläranlage im Teilort Wachendorf die **erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 20.000 €** zur Verfügung.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Klärwärter die entsprechenden Beschaffungen nach den Grundsätzen des geltenden Vergaberechts zu tätigen.

Gewährung von Vereinszuschüssen

Ohne weitere Diskussion fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen **Beschluss**:

Der Gemeinderat stellt die Zuschüsse an die Starzacher Vereine und gemeinnützigen Einrichtungen gemäß der aktuell gültigen Vereinsförderrichtlinie mit der Maßgabe zur Verfügung, dass sportplatzunterhaltende Sportvereine einen Bewirtschaftungszuschuss in Höhe von 400 € anstelle der bisher ausgezahlten 250 € erhalten. Diese Erhöhung des Bewirtschaftungszuschusses für sportplatzunterhaltende Sportvereine soll bis auf weiteres auch für die künftigen Haushaltsjahre gelten.

Antrag der Fraktion „Bürgervertretung Starzach (BVS)“ vom 22.01.2019

Die Fraktionsvorsitzende der BVS-Fraktion, Frau Hartmann, reichte am 22.01.2019 per E-Mail einen Antrag zum Haushalt 2019 bei der Finanzverwaltung ein. Beantragt wird die Anbringung eines fest installierten Geschwindigkeitsmessgerätes in der Hirrlinger Straße im Teilort Wachendorf, da dieser Straßenabschnitt bezüglich des ein- und ausfahrenden Verkehrs mit der Weitenburger Straße im Teilort Börstingen vergleichbar ist. Für die Weitenburger Straße im Teilort Börstingen hat der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 17.12.2018 im Rahmen des Bürgerhaushalts mehrheitlich beschlossen, ein fest zu installierendes Geschwindigkeitsmessgerät anzuschaffen. Sollte sich der Gemeinderat für die Beschaffung aussprechen dann schlägt die Verwaltung vor, den Kauf über das Bürgerhaushaltsbudget 2019 (5.000 €) vorzunehmen.

GR Burkhard von Ow-Wachendorf regt an, dass nun im Anschluss an die Umsetzung der verkehrsrechtlichen Anordnung in der Weitenburger Straße in Börstingen eine Geschwindigkeitsreduzierung der Verkehrsteilnehmer zu erwarten sei. Er schlägt vor, dass das Geschwindigkeitsmessgerät der Weitenburger Straße in Börstingen daher in die Hirrlinger Straße nach Wachendorf versetzt werden soll.

GR Gerhard Hochmann erklärt, dass er feststelle, dass trotz der verkehrsrechtlichen Anordnung tagsüber insbesondere wenig Fahrzeuge in der Weitenburger Straße parken, was dazu führt, dass die Parkierung und die Schleppkurven in der Praxis durch nichtvorhandene geparkte Autos die Geschwindigkeit nicht reduzieren.

GR Annerose Hartmann besteht auf die Anschaffung eines Geschwindigkeitsmessgerätes für die Hirrlinger Straße, da hier am meisten diese Geschwindigkeitsverstöße festgestellt werden.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass der Antrag Nr. 7 der Bürgervertretung Starzach weiter im Haushalt eingeplant werden soll. Es soll jedoch die Beschaffung abgewartet werden, bis zu dem Zeitpunkt, an dem sich zeigt, ob eine Versetzung von dem Geschwindigkeitsmessgerät von der Weitenburger Straße in die Hirrlinger Straße sinnvoll erscheint oder ob doch eine Anschaffung stattfinden muss für die Hirrlinger Straße.

Der Gemeinderat **beschließt** mit einer Gegenstimme (GR Annerose Hartmann), dem Antrag des Vorsitzenden zu folgen. Der Antrag bleibt weiterhin im Haushaltsplan. Die Beschaffung soll zeitlich zurückgestellt werden.

Kalkulatorischer Zinssatz

Ohne weitere Diskussion fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen **Beschluss**:

Der Gemeinderat stimmt der Festsetzung des kalkulatorischen Zinssatzes auf 3,0 % rückwirkend zum 01.01.2019 zu (bisheriger Zinssatz: 3,5%).

Weitere Änderungsvorschläge der Verwaltung zum eingebrachten Haushaltsplanentwurf 2019

Neben den eingegangenen Anträgen sind auch aus Sicht der Verwaltung noch einzelne Sachverhalte zu berücksichtigen, welche im eingebrachten Haushaltsplanentwurf 2019 noch nicht enthalten waren. Erforderlich wird dies aufgrund neuerer Erkenntnisse im Zuge der aktuellen Entwicklung zu bestimmten Maßnahmen oder Sachverhalten, welche zum Zeitpunkt der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes in öffentlicher Gemeinderatssitzung am 28.01.2019 noch nicht vorhersehbar waren.

GR Burkhard von Ow-Wachendorf beantragt, dass die ersten beiden Beschlussvorschläge a) und b) extra abgestimmt werden. Er betont, dass er bei der letzten Beschlussfassung hinsichtlich des Rathausumbaus lediglich eine Vertagung bis nach der Sommerpause gebeten hatte und das Projekt „Rathausumbau“ für ihn nicht komplett erledigt sei. Das Projekt sei nur aufgeschoben und nicht aufgehoben.

Der Vorsitzende bestätigt, dass es dem Gemeinderat freisteht, das Projekt gegebenenfalls nach der konstituierenden Sitzung des neuen Gemeinderates fortzuführen. Für ihn sei die Maßnahme im Rahmen des Landessanierungsprogramms u.a. aus terminlichen Gründen realistisch nicht mehr umsetzbar. Hierauf wurde mehrfach hingewiesen. Auch die Art und Weise, wie mit der Architektin von Teilen des Gemeinderates umgegangen wurde, sei nicht akzeptabel.

Es werden daraufhin folgende **Einzelbeschlüsse** gefasst:

- a) Wegfall der Baumaßnahme „Energetische Sanierung des Rathausgebäudes im Teilort Bierlingen mit Herstellung der vollständigen Barrierefreiheit“ aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 28.01.2019 (im Saldo +377.500 €).

Dem Beschlussvorschlag wird **mehrheitlich** mit 5 Ja-Stimmen (GR Waldemar Schmoll, GR Annerose Hartmann, GR Gerhard Hochmann, GR Monika Obstfelder, Bürgermeister Noé), 3 Gegenstimmen (GR Alfredo Vela, GR Burkhard von Ow-Wachendorf und einer Enthaltung (GR Tobias Hertkorn) **zugestimmt**.

- b) Umwandlung der bisher im Haushaltsplanentwurf veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.000.000 € für Folgekosten im Zuge der Rathaussanierung im Teilort Bierlingen im Jahr 2020 in eine Verpflichtungsermächtigung für die Rathaussanierung im Teilort Wachendorf in gleicher Höhe.

Dem Beschlussvorschlag wird **mehrheitlich** mit 5 Ja-Stimmen (GR Waldemar Schmoll, GR Annerose Hartmann, GR Gerhard Hochmann, GR Monika Obstfelder, Bürgermeister Noé), 3 Gegenstimmen (GR Alfredo Vela, GR Burkhard von Ow-Wachendorf und einer Enthaltung (GR Tobias Hertkorn) **zugestimmt**.

- c) Einstellung zusätzlicher Mittel zur Beschaffung von Vermögensgegenstände (Büroinventar) im Rathaus im Teilort Bierlingen (-30.000 €)

Dem Beschlussvorschlag wird **mehrheitlich** bei einer Enthaltung (GR Burkhard von Ow-Wachendorf) **zugestimmt**.

- d) Kostensteigerung Baumaßnahme „Erstmalige Herstellung des Oberen Mühlewegs im Teilort Wachendorf“ (im Saldo - 50.000 €).

Dem Beschlussvorschlag wird **einstimmig zugestimmt**.

- e) Kostensteigerung Baumaßnahme „Sanierung Verkehrsanlagen im „Wohn- und Freizeitgebiet Holzwassen“ im Teilort Wachendorf inklusive Parkplatzerstellung im Bereich der Druckerhöhungsanlage und barrierefreier Ausbau der Bushaltestelle „Sportheim“ (-239.000 €).

Dem Beschlussvorschlag wird **einstimmig zugestimmt**.

- f) Zusätzliche Förderung für die Mitverlegung von DSL-Leerrohren im Zuge der Umsetzung der Sanierung der Verkehrsanlagen im „Wohn- und Freizeitgebiet Holzwassen“ im Teilort Wachendorf **(+50.000 €)**.

Dem Beschlussvorschlag wird **einstimmig zugestimmt**.

Daraufhin fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Gemeinderat stimmt der Haushaltssatzung 2019 mit Haushaltsplan, Stellenplan und mittelfristiger Finanzplanung gemäß dem eingebrachten Haushaltsplanentwurf vom 28.01.2019 unter Berücksichtigung der Beschlussergebnisse zu den unter Nr. 1 bis Nr. 9 gefassten Beschlussvorschlägen gemäß Anlage 2 zur Sitzungsvorlage zu.

Geplantes Baugebiet „Waschbrunnen“ im Ortsteil Bierlingen

Hier: Rückmeldung nach dritter Abfrage der Privateigentümer zur Verkaufsbereitschaft der Flächen und Festlegung weiteres Vorgehen hinsichtlich der Bauleitplanung

GR Burkhard von Ow-Wachendorf erklärt sich für befangen und rückt vom Verhandlungstisch ab.

Zuletzt fand zu dem Sachverhalt in der öffentlichen Sitzung unter TOP 8 am 26.11.2018, auf die Drucksache 113/2018 wird verwiesen, eine Beratung und Beschlussfassung im Gremium statt.

Der Gemeinderat hatte dabei mehrheitlich den bisher durchgeführten Abfragen zugestimmt. Des Weiteren wurde mehrheitlich beschlossen, dass die 80 % gemäß der Richtlinie über den Ankauf von Bauland mit den Varianten 1 + 2 erreicht wurden, weshalb das Gebiet weiterverfolgt werden soll.

Weiterhin wurde mehrheitlich beschlossen, dass ein Bebauungsplan „Waschbrunnen“ grundsätzlich auf der Basis der von der Verwaltung vorgelegten Variante 1 aufgestellt werden soll, die über 80 % an verkaufsbereiten Flächen enthält.

Hierbei wurde mehrheitlich weitergehend beschlossen, dass die Realisierung der von der Verwaltung vorgelegten Planvariante 1 mit der Maßgabe erfolgen soll, dass alle Eigentümer/innen, welche Flächen außerhalb des abgegrenzten Gebietes aber innerhalb des dortigen Flächennutzungsplangebietes im Eigentum haben, im Falle einer positiven Rückmeldung noch in die Abgrenzung mit aufgenommen werden.

Diese Beschlüsse führten dazu, dass zuerst eine dritte Abfrage erfolgen musste, bevor dem Gemeinderat ein finaler Geltungsbereich für den Aufstellungsbeschluss vorgelegt werden soll.

Ohne weiter Diskussion nach dem Sachvortrag von GAF Zegowitz, fasst der Gemeinderat en bloc mehrheitlich bei einer Enthaltung (GR Alfredo Vela) folgende **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat erkennt die korrigierte Fassung der Variante 1 Stand 13.02.19 **„Alt korrigiert“** an.
2. Der Gemeinderat beschließt, die neu zugesagte Fläche, die bisher außerhalb des der Planvariante 1 (Alt korrigiert, Stand 13.02.2019) waren, in den künftigen Geltungsbereich mit einzubeziehen.
3. Der Gemeinderat beschließt im Anschluss Optionsverträge mit den Eigentümern abzuschließen, die in den Abfragen 1 und 2 (mit den Phasen 1-3) Verkaufsbereitschaft zugesagt haben.
4. Der Gemeinderat beschließt, dass die Flächen, die sich im Abgrenzungsgebiet befinden und während der Abfragen 1 und 2 (mit den Phasen 1-3) zum Verkauf nicht zugesagt wurden, zu den Konditionen eines gesetzlichen Umlegungsverfahrens zu behandeln. Dieses Vorgehen gilt auch für die Flächen, die nach der dritten Abfrage in den Abgrenzungsbereich mit aufgenommen werden.
5. Der Gemeinderat beschließt, in einer kommenden Gemeinderatssitzung mittels angepassten Geltungsbereichs einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan vornehmen zu wollen.

Bekanntgaben nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Der Vorsitzende informiert darüber, dass der Gemeinderat in der vergangenen nichtöffentlichen Sitzung am 25.02.2019 darüber entschieden hat, wie weiter mit dem Schlachthaus am Hirtenbrünle im Ortsteil Wachendorf verfahren werden soll. Des Weiteren hat der Gemeinderat darüber entschieden, wie die weitere Nutzung von Räumen der ehemaligen Schule in Börstingen erfolgen soll. Die dort wohnhaften Künstler haben eine Vertragsverlängerung erhalten. Des Weiteren wurde ein Antrag auf LSP-Förderung im Ortsteil Wachendorf gestellt, den der Gemeinderat auch befürwortet hat. Im Bereich des Kindergartens Bierlingen gab es Personaleinstellungen. Der Vorsitzende merkt an, dass es dabei wieder einen Rücktritt von einer Bewerberin gegeben hatte.

Bekanntgaben

Bauplatzpreise

Der Vorsitzende führt aus, dass derzeit immer noch 140 €/m² für kommunale Bauplätze gelte. Alle anderen genannten Werte die im Umlauf sind, sind aus seiner Sicht bewusste Fehlinformationen. Bürgermeister Noé betont außerdem, dass es bereits vor seiner Amtszeit einen gültigen Verkaufspreis von 133 €/m² bei einem Baugebiet in Börstingen gegeben habe. An dieser Stelle merkt der Vorsitzende an, dass er sich weiterhin im Kommunalwahlkampf neutral verhalten werde.

Beschilderung Amphibienwanderung

Der Vorsitzende führt aus, dass die Schilder beim Gedenkstein im Bereich Gut Neuhaus nun heruntergesetzt wurden.

Flüchtlingskosten

Bürgermeister Noé merkt an, dass die Landesregierung die Kommunen bezüglich der Flüchtlingskosten wenig unterstützt. Die Gemeinde Starzach als Verantwortliche für die Anschlussunterbringung hat teilweise in manchen Fällen Ausstände von 20.000 € bis 25.000 € die man versucht einzufordern. Hierzu finden Gespräche statt.

Neckartalradweg

Bürgermeister Noé konnte der Presse entnehmen, dass der Abgeordnete Lede Abal bekundet hat, dass der Neckartalradweg nun umgesetzt werden würde. Ihm selbst sei das so nicht bekannt, insbesondere da Petition gegen die bisherige Trassenführung eingelegt wurde, aufgrund derer man u.a. auch noch nicht mit den Rodungsarbeiten begonnen hat.

Geplantes Absetzgelände und Einflugschneisen der Bundeswehr

Der Vorsitzende merkt an, dass die betroffenen Kommunen seitens des Staatsministeriums nicht beteiligt wurden. Auch die Gemeinde Starzach hat zuerst in der Presse von der Neuplanung erfahren. Weitere Informationen liegen derzeit nicht vor.

Partnerschaftskomitee „Bocage Gatinais“

Der Vorsitzende des Partnerschaftskomitees in Bocage Gatinais, Herr Dominique Regnery, hat mitgeteilt, dass eine Delegation aus Frankreich zum Starzach-Fest nach Börstingen kommt und französische Spezialitäten anbietet. Weiterhin hat er für den 21. bis 23. September 2019 den neuen Gemeinderat zum Besuch nach Frankreich eingeladen. Der Vorsitzende teilt mit, dass er mit dem neuen Gremium zeitnah versucht, diesen Termin abzustimmen.

Quartierskonzept

Der Vorsitzende kündigt an, dass dieses Projekt weiter in der Mai-Sitzung beraten wird.

Waldbegehung und Forsteinrichtung, Gemeinderatssitzung am 12.04.2019

Der Vorsitzende kündigt an, dass die nächste Waldbegehung und Beschlussfassung zur Forsteinrichtung für den Zeitraum 2019 – 2028 am Freitag, dem 12.04.2019, stattfinden wird. Es handelt sich um eine öffentliche Gemeinderatssitzung. Treffpunkt ist um 15.00 Uhr auf dem Parkplatz beim Bürgerhaus/Rathaus in Bierlingen. Es werden dann Fahrgemeinschaften gebildet und es werden voraussichtlich die Flächen, insbesondere im Gemeindewald Bierlingen begangen. Im Anschluss daran gegen etwa 17.00 Uhr wird die Beratung und Beschlussfassung im Sitzungssaal des Rathauses stattfinden.

Abbruch Weitenburger Straße

Der Vorsitzende teilt mit, dass nunmehr der Abbruch in der Weitenburger Straße fertiggestellt wurde. Die Rechnung beläuft sich auf 15.600 €. Er kündigt weiterhin an, dass jedoch noch weitere Rechnungen an die Gemeinde gestellt werden. Diese beziehen sich auf die Angleichungsmaßnahmen des bisher angebauten Wohnhauses. Hier muss der Giebel gedämmt und verputzt werden.

Halteverbot Brechengasse

Der Vorsitzende informiert, dass es hinsichtlich eines Parkverbotes in der Brechengasse eine Anfrage eines Bürgers gab, die direkt an die Straßenverkehrsbehörde gerichtet war. Die Gemeindeverwaltung ist in diesem Fall verfahrenstechnisch nicht involviert und es ist Aufgabe der zuständigen Straßenverkehrsbehörde, auf dieses Schreiben zu antworten.

Energiebericht 2018

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Energiebericht nun vorliegt. Da das Gremium entschieden hat, diesen nicht mehr in öffentlicher Gemeinderatssitzung zu behandeln, wird keine Vorstellung erfolgen, es sei denn, dass Gremiumsmitglieder dies wünschen.

Kindergarten Bierlingen

Der Vorsitzende erläutert, dass die Spielgeräte intakt sind, lediglich der Fallschutz muss ausgebessert werden.

KommunalPlus-Broschüre

Der Vorsitzende teilt mit, dass eine neue Ausgabe der Broschüre KommunalPlus den Gemeinderäten zugegangen sein müsste.

Architektenwettbewerb Grundschule Starzach

Bürgermeister Noé erläutert, dass zwischenzeitlich die erste Runde des Architektenwettbewerbes stattgefunden hat in Form der Preisrichtervorbesprechung. Dabei wurden die Ausschreibungstexte angepasst. Sämtliche Gemeinderatsmitglieder erhalten die neue Fassung.

Kommunalwahl 2019

Der Vorsitzende teilt mit, dass bei der Kommunalwahl am 26.05.2019 lediglich die Europawahl und die Kreistagswahl am Sonntagabend ausgezählt werden. Mit der Auszählung der Gemeinderatswahl wird erst am Montagmorgen begonnen. Hintergrund ist, dass die Auszählung schon immer unterbrochen werden musste und man sich daher darauf verständigt hat, die Auszählung nun zu teilen, so dass auch sichergestellt werden kann, dass die Europawahl und Kreistagswahl so schnell wie möglich an das Landratsamt übermittelt werden.

Anfragen der Gemeinderäte

Bürgerfragestunde

GR Burkhard von Ow-Wachendorf erklärt, dass er die in der Bürgerfragestunde geäußerten Begrifflichkeiten von Herrn Werner Schiele höchst beschämend empfindet. Dieser hatte den Begriff „Mohr“ verwendet. GR Burkhard von Ow-Wachendorf ist der Ansicht, dass dieser Begriff in der Umgangssprache und auch allgemein nicht mehr verwendet werden sollte und sich weder Herr Noé noch Herr Rilling so angehen lassen müssen. Er ist der Ansicht, dass gegen diesen Beitrag vorgegangen werden muss.

Bürgermeister Noé antwortet, dass er ganz andere Begrifflichkeiten, insbesondere aufgrund der vergangenen Wahlkämpfe, gegen sich gerichtet aushalten musste und er die Aussage von Herrn Schiele unter das Recht der freien Meinungsäußerung einordne.

Gemeinderatssitzung am 12.04.2019

GR Dr. Harald Buczilowski erkundigt sich, ob bei der Gemeinderatssitzung der Waldbegehung noch weitere Tagesordnungspunkte behandelt werden sollen.

Dies wird vom Vorsitzenden verneint.